

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Band:** 165 (1999)

**Heft:** 12

**Artikel:** So werden keine Kriege gewonnen : eine völkerrechtlich-militärische  
Analyse der Kriegführung der NATO in Jugoslawien

**Autor:** Kunz, Roy

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-66053>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# So werden keine Kriege gewonnen

## Eine völkerrechtlich-militärische Analyse der Kriegführung der NATO in Jugoslawien

Roy Kunz

**78 Tage lang versuchte die NATO vergebens, mit eskalierenden Luftschlägen den Präsidenten Jugoslawiens von seinem ethnischen Genozid im Kosovo abzubringen. Eine objektive Analyse dieses hoch problematischen Waffenganges bestätigt die von den offiziellen Regierungsstellen der Allianz ungenährte These, dass die serbische Soldateska letztlich nur im Kielwasser dieses Feldzuges der USA und Westeuropas die Vertreibung der Kosovo-Albaner aus ihrer angestammten Heimat erfolgreich zu Ende führen konnte.**

Die westliche Militärallianz der 19 NATO-Staaten brüstete sich mit dem medienwirksamen Argument, es werde im Kosovo dafür gekämpft, dass zwei Millionen Kosovo-Albaner ein men-



Roy Kunz, Oberst,  
Chef MLT Geb AK 3,  
8750 Glarus.

schenswertes Leben führen könnten. Doch wie sieht die gegenwärtige Lage aus? Die kürzlich publizierten Zahlen des Institutes für strategische Studien in London sprechen eine klare Sprache: 670 000 Kosovo-Albaner waren seit März dieses Jahres über die Grenzen ihrer Heimat getrieben worden; für die Aufnahme von 85 000 dieser Flüchtlinge gab es Zusagen europäischer Länder. Nach bisherigen Meldungen hatten lediglich etwa 27 500 tatsächlich Aufnahme gefunden. Mit anderen Worten: weit über 90 Prozent der Kosovaren waren in der Region geblieben. Die wirksamste Waffe, die Milosevic in diesem Kampf meisterlich einsetzte, waren die Flüchtlingsströme, denn die NATO hatte mit Beginn der militärischen Operationen vollmundig und ohne Mandat der UNO die Verantwortung für das Schicksal der Kosovo-Albaner übernommen und sich gerühmt, sie werde die Stabilität in der Region wieder herstellen.

### Strategisch-operative Unvernunft

Die Tatsache ist, dass die Streitkräfte des atlantischen Bündnisses zu lange nicht in der Lage waren, mit rein aviatischen Mitteln das mit grossem Pomp proklamierte Ziel der Repatriierung der Kosovo-Albaner zu erzwingen. Aus innenpolitischem Kalkül hütete sich die Allianz während zu langer Zeit davor, eine terrestrische Offensivstrategie einzuleiten. Das einseitige, vor allem von den USA und deren Aussenministerin, Madeleine Albright, propagierte aviatische Schwergewicht liess jede strategisch-operative Vernunft vermissen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Generalstab der USA heftigen Widerstand gegen die sogenannten «begrenzten Luftschläge» leistete. Vergebens, Madeleine Albright setzte sich durch, mit den sattnam bekannten Schlagworten, Slobodan

Milosevic werde, wie in Bosnien und Kroatien, klein begeben, es gelte nur, ihm die wirtschaftliche Übermacht des Westens und die Einigkeit der Euro-Sozialisten mit dem amerikanischen Weltgendarmentum zu demonstrieren. Diese Hintergründe des Debakels, das in der unkontrollierten Beschiessung der Belgrader Botschaft der Volksrepublik China gipfelte, zeigt einmal mehr, dass die politische Realität der Vereinigten Staaten von Nordamerika seit der Lewinsky-Affäre Clintons konfus und unsicher geblieben ist, auch wenn der Präsident dem Kongress, der Nation, der NATO und wohl auch sich selber beweisen wollte, er habe die Lage sauber beurteilt und einen Kräfteansatz gewählt, der zeitverzugslos zum Erfolg führte.

### Debatte um «bellum iustum»

Wir befinden uns in dieser misslichen weltpolitischen Lage in Westeuropa und einmal mehr inmitten der jahrhundertealten Debatte über den Inhalt des völkerrechtlich relevanten Begriffs des «bellum iustum», des «gerechten Krieges» und der dazugehörigen Frage der Legitimation zum Tyrannenmord.

Die Geschichte des (abendländischen) Völkerrechts ist nicht zuletzt der Versuch, den Krieg zu zähmen. Stand es der NATO zu, in Serbien alle Brücken zu zerstören? Wann und wie darf die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen werden, nur weil es dem Angreifer an strategischer Tiefe und operativem Stehvermögen fehlte?

Die Mittel der Kriegführung haben sich in allen Bereichen potenziert, das Gefecht ist aber von denen, die im Kosovo offensiv führen wollten, politisch unführbar gemacht worden. Demgegenüber sind die völkerrechtlichen Prinzipien per definitionem (iuris gentium) unverändert geblieben.

Die NATO behalf sich bei ihren permanenten Verletzungen dieses völkerrechtlich festgeschriebenen humanitären Grundsatzes leichtfertig mit dem Begriff der sogenannten Kollateralschäden und mimte Betroffenheit. Doch davon wurden die versehentlich bombardierten Flüchtlingskolonnen und irrtümlich totgeschossenen Diplomaten der Volksrepublik China nicht wieder lebendig.

Unvermeidbar ist der zunehmende Hass der aus der Luft zu lange angegriffenen jugoslawischen Bevölkerung. Gleichzeitig vergrösserte sich – unvermeidbar – das Leid der Kosovaren, ohne dass ihnen zeitgerecht Hilfe im eigenen Land zuteil wurde. ■